

## AKTUELL

## GESUNDHEITSREFORM

# Kriegserklärung vor dem Zeitfahren

Richard Graf

**Äußerst heftig reagierten Patronat und Dienstleister auf Mars Di Bartolomeos Gesundheitsreform-Vorschlag. Ob sich bis zum Herbst die Gemüter beruhigen und die legislative Arbeit anlaufen kann, bleibt abzuwarten.**

„Die Bergetappe ist geschafft, das Zeitfahren liegt noch vor uns.“ Ein (noch) mit sich selbst zufriedener Gesundheitsminister erläuterte letzten Montag vor der Presse die großen Züge der von ihm verantworteten Gesundheitsreform. Nicht ganz freiwillig, wie es scheint, unterbreitete er dabei auch eine Reihe von Detaillösungen, die in der vorgelegten Form allerdings erst mit den Gewerkschaften, dem Patronat und den Gesundheitsdienstleistern durchdiskutiert werden sollen.

Vielleicht hätte sich Mars Di Bartolomeo bei seinem radsportbegeisterten Parteikollegen und Regierungsvize Jean Asselborn kundig machen sollen, bevor er von seiner der Tour de France entlehnten Metapher Gebrauch machte: Die Luxemburger Radcracks sind in der Regel besser am Berg als bei flachen Zeitfahretappen ... und verpassen so auch schon mal den eigentlich verdienten Toursieg um wenige entscheidende Sekunden.

Auch wenn er auf den nach der Pressekonferenz anberaumten Unterredungen mit den Quadripartite-Partnern betonte, von deren Anti-Haltung nicht überrascht worden zu sein, erschreckte doch der rüde Ton, den Patronat, Ärzteverband und die Vereinigung der Privatlabors anschlugen, um die Reform insgesamt abzulehnen. Nur die Gewerkschaften zeigen sich verhandlungsbereit - obwohl auch sie Vorbehalte anmahnen. Der Vorwurf, den sie sich bei den Tripartite-Verhandlungen eingehandelt hatten, nämlich sich einseitig aus dem sozialen Dialog zu verabschieden, trifft also nicht mehr sie allein.

Eigentlich hatte Mars Di Bartolomeo noch gar nicht alle Details auf den Tisch legen, sondern lediglich die Stoßrichtung der Reform - Einsparungen und Einnahmensteigerung in einer Größenordnung von jeweils 50 Millionen Euro, aber vor allem auch strukturelle Veränderungen in der Gesundheitsversorgung - darlegen wollen. Seine emsigen Mitarbeiter hatten dann aber doch der Presse das gan-

ze 90 Seiten starke vorläufige Gesetzesprojekt in die Mappe gelegt. Und damit zumindest die Präferenzen des Ministers preisgegeben.

Denn die Einnahmesteigerung kann grundsätzlich auf zwei Wegen erfolgen: Entweder wird die bislang auf das Fünffache des Mindestlohns begrenzte Beitragsgrenze angehoben beziehungsweise abgeschafft, oder aber die Beitragsätze werden um 0,15 oder 0,2 angehoben - oder die beiden Maßnahmen werden irgendwie kombiniert. Di Bartolomeos Gesetzesvorschlag geht von einer Abschaffung der Beitragsgrenze aus. Davon betroffen wären, wie der OGBL peinlich genau vorrechnet, alle, die mehr als 8.624,05 Euro im Monat verdienen - die weniger Betuchten würden verschont. Kein Wunder, dass die Gewerkschaft für eine solche Lösung eintritt. Nicht aber die Staatsbeamten-Gewerkschaft und die Bankervereinigung: Die Solidarität der Gut- und der Großverdiener hat Grenzen und führt manchmal zu erstaunlichen Koalitionen.

„Weder noch“ brüllt der Arbeitgeberverband UEL: Es sei in der Tripartite klar gesagt worden, dass ein weiteres Anwachsen der Lohnnebenkosten untragbar sei. Nur Einsparungen seien demnach ein gangbarer Weg. Was heißt: Mehr Zuzahlung der Versicherten im Krankheitsfall und Zurückfahren der Kosten generell. Beides hat auch der Gesundheitsminister im Programm, was ihm natürlich wenig Beifall bei Ärzten und sonstigen Dienstleistern einbringt.

Aber die Zielsetzung des Gesetzes ist ja nicht, einfach nur zu sparen, sondern das ganze Gesundheitssystem langfristig abzusichern. Angesichts der längeren Lebensdauer und des medizinischen Fortschritts wird das aber keinesfalls billiger werden. Deshalb können Einsparungen alleine das wachsende Defizit nicht stoppen - rechnet Mars Di Bartolomeo vor. Doch nicht nur die UEL macht dem Minister in dieser Frage zu schaffen. Der Koalitionspartner, der sich in Sachen Indexdeckelung im strategischen Rückzug befindet, wird sich bei der Aufhebung der Beitragsgrenze sicherlich querstellen. Und Beitragserhöhungen hat der CSV-Regierungschef schon auffallend oft als nicht akzeptabel abgelehnt. Bleibt somit doch nur der Abbau von Leistungen?

## SHORT NEWS

## EU zaubert für ITER

Der Bau des Kernfusionsreaktors ITER im französischen Cadarache hätte Anfang dieses Jahres beginnen sollen. Wegen einer Verdreifachung der Kosten stand das internationale Forschungsprojekt Anfang Juli kurz vor einem vorzeitigen Ende: Die EU konnte ihren sechs Partnern nicht garantieren, die in den nächsten zwei Jahren zusätzlich nötigen 1,4 Milliarden Euro aufzubringen (woxx 1063). In Windeseile wurde eine Lösung gefunden: Am 12. Juli entschied der Landwirtschaftsrat - und nicht der zuständige Wettbewerbsrat, der erst nach der Sommerpause tagen wird - über die neuen Haushaltslinien für ITER. Das Loch soll durch „Umwidmungen“ in Höhe von 460 Millionen Euro innerhalb des EU-Forschungsbudgets gestopft werden, sowie durch eine „Übertragung“ von 400 Millionen „die in anderen EU Haushaltsbereichen nicht verwendet werden“. Später soll es noch weitere Umdisponierungen geben. So verkündete es die Kommission - der Ratsbeschluss selber wurde nicht veröffentlicht und es bleibt ein Geheimnis, wo die Mittel genau herkommen. Der ITER-Rat reagierte bei einem außerordentlichen Treffen am 28. Juli prompt mit der Ankündigung, der Bau könne beginnen und der Reaktor bis 2019 in Betrieb sein - dabei steht noch eine Absegnung der Budget-Zaubertricks durch das Europaparlament aus.

## Greenpeace et la justice : l'harmonie retrouvée

Lorsqu'en mars dernier, Greenpeace a été définitivement condamné au paiement de près de 100.000 euros pour son occupation des stations Esso en 2002, l'ONG aurait pu désespérer de la justice luxembourgeoise. Or, à côté de son travail d'information et de ses actions spectaculaires, Greenpeace a continué à explorer la voie juridique. Cette persévérance a été récompensée par deux arrêts pro-ONG rendus ces dernières semaines. Tout d'abord, la justice a annulé le refus du ministre Jeannot Krecké d'accorder à Greenpeace l'accès à la « Cegedel-Netzstudie ». Elle a ainsi donné une interprétation généreuse de la loi sur l'accès à l'information en matière environnementale. Importante en matière de jurisprudence, cette décision n'aura guère de conséquences concrètes : l'étude avait été demandée par Greenpeace en 2006 et est aujourd'hui périmée. La seconde décision, tout aussi importante côté jurisprudence, risque de faire plus de dégâts. La justice a reconnu à l'ONG le droit de porter plainte contre une décision ministérielle, droit qui était réservé jusqu'ici aux personnes faisant valoir un préjudice. Comme il s'agit de l'affaire de la ligne Sotel, Greenpeace peut espérer obtenir un arrêt des travaux de construction.

## Dumme Genossen

In einem offenen Brief an die „nationale Politikklasse“ macht der sozialistische Europaabgeordnete Robert Goebbels keinen Hehl aus seiner Begeisterung für die grüne Biotechnologie. Er bescheinigt den LuxemburgerInnen - einmal mehr - Selbstgefälligkeit. Während wir versuchten, unser Land erfolglos genfrei zu halten, setzten andere voll auf diese Wachstumsbranche. Seine eigenen Genossen - als da sind der Agrar- und der Gesundheitsminister aber auch die sozialistische Parlamentsfraktion - seien einer „Manipulation der Information“ durch „Greenpeace und Co“ aufgelaufen. Zwölf Millionen Bauern, die weltweit mit genetisch „verbessertem“ Saatgut arbeiten, könnten nicht alle dumm sein. Dumm nur, dass Robert Goebbels manipuliert (oder sich manipulieren lässt), wenn er behauptet, dass mit gentechnisch veränderten Pflanzen grundsätzlich weniger Pestizide gebraucht und bessere Ernten eingefahren werden. Und auch die Propaganda der GMO-Lobby, wonach noch niemand durch den Konsum von genmodifizierten Lebensmitteln zu Schaden gekommen sei, übernimmt der ehemalige Minister ohne jede Einschränkung - wo es doch noch gar keine Langzeiterkenntnisse geben kann. Was man aber weiß: Mit genveränderten Saatgut steigt weltweit die Abhängigkeit der Bauern von einer Industrie, die sich jeden ihrer „Erfolge“ patentieren und teuer bezahlen lässt. Zumindest das sollte dem ehemaligen Entwicklungshilfe-Staatsekretär zu denken geben.